

Timm Beichelt  
Europa-Universität Viadrina  
Große Scharrnstraße 59  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335 / 5534 537  
beichelt@euv-frankfurt-o.de

## Demokratie und Konsolidierung im postsozialistischen Europa

Beitrag für:

Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert (Hrsg.): Hybride Regime. Zur  
Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen: Leske + Bu-  
drich

Timm Beichelt  
Europa-Universität Viadrina  
Große Scharrnstraße 59  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335 / 5534 537  
beichelt@euv-frankfurt-o.de

Frankfurt/Oder, Januar 2001

### *Einleitung*

Mit der „Transitions to Democracy“-Studie aus dem Jahre 1986 wurde die analytische Unterteilung von Systemwechselprozessen in eine Liberalisierungs-, eine Demokratisierungs- und eine Konsolidierungsphase vorgenommen. Obwohl deren Autoren die Ungewissheit der vorwiegend lateinamerikanischen Systemwechsel betonten, gab es letztlich kaum Zweifel am *telos* der Transitionen; man denke nur an die Alfred Stepan's "Pfade der Redemokratisierung" (Stepan 1986). Die zeitliche Ausdehnung der Konsolidierungsphase in vielen Staaten des postsozialistischen Europa haben in den letzten Jahren die Gültigkeit dieses Paradigmas aufgeweicht. Bei den entstandenen Gebilden handelt es sich nicht mehr um vollwertige Demokratien, sondern um defizitäre Untertypen dieser Staatsform (O'Donnell 1994; Collier 1997; Zakaria 1997; Merkel 1999; Merkel/Croissant 2000).

Die Differenzierung in illiberale, defekte, delegative und andere Demokratien hat gewiß ihre Verdienste bei der Zeichnung spezifischer Eigenarten von Unterformen der Demokratie. Besteht damit jedoch nicht auch die Gefahr, die Perspektive auf die Entwicklung junger Demokratien bereits begrifflich zu vernachlässigen? Seit dem epochalen Regimewechseln der Jahre 1989 bis 1991 sind immerhin erst zehn Jahre vergangen (vgl. auch den Beitrag von Christof Hartmann in diesem Band). Einige Staaten der Region weisen überhaupt keine, die meisten anderen eine demokratische Vergangenheit mit zweifelhaftem Ruf auf (Stökl 1990; Szücs 1990; Belina, Cornej et al. 1995; East and Pontin 1997; Härtel/Schönfeld 1998). Für Staaten insbesondere im östlichen Europa stellt daher die Entwicklung der letzten zehn Jahre hinsichtlich der Transformation des politischen Systems einen großen Schritt nach vorne dar. Allerdings wird seit längerem danach gefragt, ob die Auflösung der autokratischen Herrschaftsmuster ohne hinreichenden funktionalen Ersatz für die ausbleibenden Transformationserfolge besonders in Osteuropa verantwortlich sind (Holmes 1997). In Gesellschaften, deren kulturelle Interaktionsmuster hierarchischer und klientelbezogener Prägung sind, können politische Ziele wie Gleichheit oder Gerechtigkeit durch die Errichtung von nicht kontextgerechten Institutionen offenbar annähernd so stark oder noch stärker verfehlt werden als unter autokratischen Gegebenheiten.

Betrachtet man die Gesamtheit der postsozialistischen Transformationsfälle, birgt die Vorstellung von "verzögerten" Systemtransformationen dennoch die Gefahr in sich, den Blick für eine nach wie vor hochdynamische Entwicklung zu verlieren. Ist es jedoch möglich, das zielgerichtete Paradigma des "Transitions to Democracy"-Ansatzes mit einer eher prozessorientierten Perspektive zu vereinen? Genau dies soll im Folgenden mit einem Modell versucht werden, das einerseits verschiedene Stufen demokratischer Konsolidierung ausweist,

andererseits mit der Berücksichtigung von Kontextfaktoren den Blick auf mögliche Ursachen für die höchst unterschiedlichen Entwicklungswege der ehemals sozialistischen Staaten gibt.

### *1. Demokratische Konsolidierung: Modell*

Nachdem vor einigen Jahren viel über die zunehmende Unschärfe des Begriffs der demokratischen Konsolidierung geklagt wurde, hat es in jüngerer Zeit Versuche zur begrifflichen Klärung und zur methodischen Untermauerung gegeben. Nach der Unterscheidung "minimalistischer" und "maximalistischer", also in ihrem Erklärungsanspruch unterschiedlich weit reichender Konsolidierungskonzepte (Merkel 1996: 35), wurde an Modellen zur Identifizierung unterschiedlicher Konsolidierungsniveaus gearbeitet. Wichtig erscheint zunächst der Hinweis, der Begriff der demokratischen Konsolidierung gelte nur bis zur Erreichung eines bestimmten Demokratiegehalts, nicht jedoch für eine immer weitere Ausdifferenzierung bereits etablierter Demokratien (Schedler 1998). In Fortentwicklung einer begrifflichen Unterscheidung von Juan Linz entwickelte Wolfgang Merkel (1996) ein Modell zur Unterscheidung eines institutionellen und intermediär-repräsentativen Verfestigungsprozesses, der auf der Ebene der politischen Akteure und der Bevölkerung von demokratiekompatiblen Verhalten getragen werden muss (Merkel 1999).

Für die vergleichende Politikwissenschaft bestand jedoch zum einen das Problem, dass weder in den genannten noch in anderen Ansätzen (Morlino 1995; Schmitter 1995; Diamond 1997) Kriterien oder gar Indikatoren der demokratischen Konsolidierung entwickelt worden waren. Wie ließ sich entscheiden, ob Schwellenländer wie Albanien, Russland oder Lettland den Schritt von der Demokratisierung zur Demokratie vollbracht hatten? Gewiss, an den Spitzen der wichtigsten politischen Institutionen saßen Akteure, die mittels allgemeiner Wahlen zu ihren Ämtern gekommen waren. Aber wie stand es um die Art und Weise der Herrschaftsausübung, wie um die Freiheit der Meinungsbildung im Wahlkampf, wie um die Fairness der Wahlen insgesamt, um die Art der Konfliktaustragung?

Etwas hier Tabelle 1

Der Versuch, vorhandene Konsolidierungskonzepte um Kriterien zu erweitern, besteht in dem Regimeabfolgemodell in Tabelle 1. Nach diesem Modell wird die Entwicklung von einem autokratischen zu einem ausdifferenziert demokratischen Regime als Prozeß der zunehmenden Ausdifferenzierung auf der Grundlage politischer Kerninstitutionen gesehen. Die Institutionen, die bei der Geburt eines demokratischen Regimes gleichermaßen in der Luft hängen, werden dabei im Laufe der Zeit mit gewichtigen intermediären Systemen (Par-

teien, Verbände) und einer vom Staat weitgehend autonomen Gesellschaft angereichert. Dabei entstehen minimal-demokratische, formal-demokratische und ausdifferenzierte liberal-demokratische Regimes. Der Begriff der minimalen Demokratie orientiert sich dabei an Schumpeters (1950) Modell der Konkurrenzdemokratie, das in Wahlen einen hinreichenden Mechanismus zur demokratischen Auswahl von Eliten sieht. Die beiden folgenden Typen sind beide der liberalen Demokratie zuzurechnen: Das formal-demokratische Regime umfasst die Merkmale, die nach Theoretikern der liberalen Demokratie wie Robert Dahl oder Giovanni Sartori über die Institution der Wahl hinaus zum realen Funktionieren einer Demokratie vonnöten sind. *Formal* sind dies die Gewährung politischer Rechte und die Achtung die Verfassungsstaates durch die politischen Akteure. In *ausdifferenzierten* Demokratien einer entwickelteren Phase existiert dabei idealiter ein intermediäres System, in dem Forderungen diskursiv formuliert und an die Kerninstitutionen herangetragen werden.

Im Unterschied zu Merkels (1999: 147) Konsolidierungskonzept wird in dem Modell die Verhaltenskonsolidierung nicht nur im Hinblick auf potenzielle Vetomächte, sondern an zentraler Stelle angesiedelt. Demokratische Konsolidierung wird definiert als Prozess, im Laufe dessen sich die in einem politischen System relevanten Akteure an die Lösung von Konflikten allein innerhalb der normierten demokratischen Institutionen gewöhnen. Dies geschieht im postsozialistischen Kontext auf dem Weg vom minimal-demokratischen zum formal-demokratischen Regime (vgl. nochmals Tabelle 1). Die drei Kriterien formal-demokratischer Regimes, (1) offene und kompetitive Wahlen, (2) Gewährung politischer Rechte und (3) Selbstbindung der Regierenden an gesatztes Recht werden allesamt vom Verhalten der Regierenden, der "Eliten als Akteure" (Beyme 2000), geprägt.

Das Modell unterstellt einen langen Prozess der Demokratiewerdung von autokratischen zu ausdifferenzierten liberal-demokratischen Regimen. Das autokratische Regime wird durch die Einführung der Institution "freier" Wahlen aufgebrochen. Zunächst beschränkt sich der Demokratiegehalt dieser Regime jedoch auf die Wahlen selbst, daher die alternative Umschreibung als Wahldemokratie. Mit der Verhaltensanpassung der politischen Elite an die freiheitlichen und egalitären Elemente der Demokratie entsteht ein formal-demokratisches Regime, in dem – pauschal gesprochen – Wahlen als einzige Institution der Herrscherauswahl bestehen, in dem die Regierenden dem nicht regierenden Teil der politischen Elite gleiche Chancen zum Herrschaftszugang gewähren, und in dem die Autonomie der (Medien)Öffentlichkeit anerkannt ist. Für die Weiterentwicklung dieses Regimetyps zu einem ausdifferenzierten liberal-demokratischen Regime kann dann in längeren Zeitschritten gerechnet werden – bis Parteien, Verbände und Zivilgesellschaft ihre Anliegen in sys-

temstabilisierender Weise in die Schleusen des politischen Prozesses einbringen (Habermas 1992: 429-435), bedarf es einer weit verbreiteten diffusen Unterstützung durch die Bevölkerung und einer erst durch jahrelange Praxis zu erlernenden Kultur des öffentlichen Diskurses. Im postsozialistischen Raum können hier allenfalls Ansätze in einigen mitteleuropäischen Staaten beobachtet werden.

Unverkennbar ist bei der Konfiguration des Regimeabfolgemedells eine Verengung der Perspektive auf das "Vorbild" westlicher Gesellschaften. Gerechtfertigt werden kann dies vielleicht mit der verbalen Ausrichtung fast aller politischen Kräfte der Region auf Demokratie und Marktwirtschaft. Aus kulturtheoretischer Sicht bleibt das Vorgehen jedoch bedenklich. Untersuchungen zur kulturellen Gebundenheit von Transitionsprozessen, die Alternativen zum Vorbild der westlichen Demokratie untermauern könnten, fehlen allerdings weitgehend. Ansätze dazu gibt es in der politischen Anthropologie, wo allgemein ein gesteigertes Bewusstsein für den möglicherweise fassadenhaften Charakter von Institutionen herrscht (Rottenburg 1996; Rosenbaum 1999).

Das hier vorgestellte Modell dagegen ist in weiten Teilen kongruent mit dem kulturell voraussetzungslosen Konzept der Dahlschen Polyarchie (Dahl 1971; Dahl 1989), welches bekanntlich die Existenz von umfassender Kompetitivität bei gleichzeitiger Gewährung politischer Freiheiten unterstellt. Allerdings erfährt im formal-demokratischen Regime die Polyarchie eine Erweiterung um die Dimension der Verfassungsstaatlichkeit. Die Konzeptionalisierung "defekter" Demokratien (Merkel/Croissant 2000) brachte den Ertrag, dass plausiblerweise die Qualität von Demokratien zentral mit dem Ausmaß des Herrschaftsanspruchs der Regierenden in Verbindung zu bringen ist. Je mehr die politischen Eliten die ihnen durch Verfassung und Recht gesetzten Grenzen respektieren, desto höher die Wahrscheinlichkeit einer substanziellen Fortentwicklung der Demokratie – das formal-demokratische Ideal der postsozialistischen Demokratie heißt verfassungsstaatliche Polyarchie, d.h. ein um das Element des Verfassungsstaats angereichertes Modell der real funktionierenden Demokratie bei Dahl.

## *2. Empirische Befunde zur demokratischen Konsolidierung im postsozialistischen Europa*

Zwischen den Jahren 1989 und 1991 haben sich mit Ausnahme der Bundesrepublik Jugoslawien alle Staaten des postsozialistischen Europa auf den Pfad zum minimal-demokratischen Regime begeben. Überall, selbst in der Sowjetunion, fanden auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems Wahlen statt. Zwar waren diese nicht immer "frei", besonders weil bestimmte Personen oder Gruppen gegen den erklärten Willen des *ancien régime* kaum auf Wahlerfolge

hoffen konnten. In der Sowjetunion und deren Teilrepubliken wurden ehemalige Oppositionelle im Obersten Sowjet geduldet, aber eine Mehrheit regimekritischer Kräfte gehörte wohl nicht zu einem Szenario, das von Gorbatschew und der Kommunistischen Partei geduldet worden wäre. Dennoch dienten auch halbfreie Wahlen in vielen Republiken als Startsignal für oppositionelle und andere Bewegungen (Urban/Igrunov/Mitrokhin 1997).

Der Beginn der Konsolidierungsphase ist sinnvollerweise nicht unmittelbar nach den ersten Wahlen, sondern erst nach einer einmaligen Wiederholung leidlich "freier" landesweiter Wahlen anzusetzen. Anders ist das Kriterium der Periodizität nicht zu gewährleisten. Für die Verortung in der Konsolidierungsphase müssen Wahlen darüber hinaus weitgehend manipulationsfrei sein. Beim Übergang vom autokratischen zum minimal-demokratischen Regime handelt es sich dann um einen Quantensprung, wenn die Bestellung der neuen Regierungen allein auf der Grundlage von Wahlen vor sich ging. In Albanien wurde nach den Parlamentswahlen von 1990 eine Regierung aus allen im Parlament vertretenen Parteien sowie einer nicht im Parlament repräsentierten Partei gebildet (Beshiri 1991) – da der Wahlvorgang keine erkennbare Relevanz für die Bestellung der Regierung hatte, war der minimal-demokratische Charakter des Regimes damit anzuzweifeln.

Die drei Kriterien, die auf dem Weg vom minimal-demokratischen zum formal-demokratischen Regime virulent werden, bedürfen einer Konkretisierung:

- *Manipulationsfreie Wahlen:* In den meisten Demokratisierungsländern werden nationale Wahlen von unabhängigen (nationalen oder internationalen) Wahlbeobachtern auf Manipulationsfreiheit überprüft. Manipulationsfrei sind Wahlen, wenn sie von der unabhängigen Instanz der Beobachter für manipulationsfrei gehalten werden. Hierfür geben die Wahlberichte der OSZE (<http://www.osce.org/odihr/elecprep.htm>) oder anderer Organisationen genügend Anhaltspunkte.
- Die *politischen Rechte* sind über verfassungsrechtliche und gesetzliche Regelungen zu Vereinigungs-, Versammlungs- und Informationsfreiheit sowie deren Verwirklichung zu erschließen. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit werden allerdings in der Region nominell und auch faktisch weitgehend gewährt (Karatnycky 1997) und brauchen daher nicht weiter betrachtet zu werden. Die Medienfreiheit spielt hingegen eine herausgehobene Rolle. Durch sie wird der zu autoritären Zeiten stark regulierte öffentliche Raum unabhängigen und nichtkonformen Meinungen geöffnet. Außerdem variiert in der Region das Spektrum der Gewährung von Meinungsfreiheit stark. Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der

Mediensysteme Osteuropas wird seit Jahren von Freedomhouse dokumentiert und analysiert.

- Die *Bindung der Regierenden an gesetztes Recht* kann über die Selbstbeurteilung der zentralen Verfassungsorgane in die ihnen jeweils Verfassung vorgegebene Rolle gemessen werden. Dafür muß in den einzelnen Staaten empirisch geprüft werden, inwiefern und wie tiefgreifend politische Akteure als Exponenten zentraler politischer Institutionen in Verfassungskonflikte verwickelt waren. Die Bindung der Regierenden an gesetztes Recht weist zwar noch weitere Dimensionen auf, so z.B. die Achtung internationaler Rechtsnormen oder das Ausmaß von Behördenwillkür. Der Einstufung des *Rechtsstaates* in den postsozialistischen Staaten Osteuropas steht jedoch entgegen, dass entsprechende Studien nur zu wenigen Ländern und schon gar nicht vergleichend vorliegen.

Bei der Überprüfung der drei Indikatoren im Sommer 2000 ergeben sich für die postsozialistischen Staaten Osteuropas vier Gruppen: autokratische Regimes in Albanien, Belarus, Kroatien und Serbien, Wahldemokratien in Rußland, der Slowakei und der Ukraine, formal-demokratische Regimes in den baltischen Staaten, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Als vierte Gruppe existieren – zwischen minimal- und formal-demokratischen anzusiedelnde – "transitionelle" Regimes in Bulgarien, Makedonien, Moldova und Rumänien.

Etwa hier: Tabelle 2

Demnach erfüllen die mitteleuropäischen Staaten mit Ausnahme der Slowakei alle drei Kriterien formal-demokratischer Regime. Problemfälle waren hier bis in die späten neunziger Jahre Estland und vor allem Lettland. In beiden baltischen Staaten stellen ethnische Russen jeweils etwa ein Drittel der Wohnbevölkerung, der bei der Einbürgerung starke Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Manchen Autoren gelten beide Staaten daher nicht als vollwertige Demokratien (Linz/Stepan 1996; Merkel 1999). Dem ist allerdings entgegen zu halten, dass die Exklusion inzwischen nur noch den nicht integrationswilligen Teil der russischen Bevölkerung trifft. Bereits vor den Änderungen im Herbst 1998 wurde dem estnischen Staatsangehörigkeitsrecht – welches dem lettischen stark ähnelt – weitgehende "Völkerrechtskonformität" bescheinigt (Thiele 1999: 179). Auf Nachfrage erteilen die Langzeitmissionen der OSZE in Riga und Tallinn die Auskunft, mit der Einbürgerung ginge es zügig und ohne Probleme voran. Mein Fazit lautet hier, dass das Problem der Inklusion der Minderheit in beiden Ländern nicht mehr als kategorisches, sondern als graduelles und letztlich verschwindendes Problem anzusehen ist (Beichert 2001: Kap. 1.3).

Keine größeren Zuordnungsprobleme bestehen am unteren Ende der Demokratisierungsskala (weiterhin Tabelle 2). In Belarus besteht ein autokratisches Regime. Der Machtwechsel in der Bundesrepublik Jugoslawien bedeutet wohl lediglich einen ersten Schritt in Richtung Demokratisierung, zumal das Land im Hinblick auf den Kosovo und Montenegro derzeit über lediglich völkerrechtlich, nicht jedoch über politisch eindeutige Staatsgrenzen verfügt. Kroatien dagegen könnte nach den Wahlen vom Winter 2000 in absehbarer Zeit zum Kreis der (minimalen) Demokratien gerechnet werden. Ebenso wie in Albanien ist in beiden Staaten jedoch bislang das Kriterium periodisch freier Wahlen nicht erfüllt – in Albanien (1996), Kroatien (1997) und in Serbien (alle Wahlen bis 2000) wurden Wahlen so eindeutig manipuliert, dass ihnen der demokratische Charakter abgesprochen werden muss.

Schwieriger wird es mit der Einordnung der übrigen Fälle. In Russland und der Ukraine fanden von 1998 bis 2000 Parlaments- und Präsidentenwahlen statt, die hart an der Grenze zu gelenkten Affirmationsmechanismen sowjetischer Prägung lagen. Die Liste der Verstöße, die im einzelnen auch in den ausführlichen Wahlberichten von OSZE/ODIHR nachzulesen sind, ist lang: fehlende Neutralität der öffentlichen Verwaltungen, Verleumdung von Kandidaten, einseitige und gesteuerte Berichterstattung etc. Die politische Elite in den beiden Ländern hat inzwischen gelernt, unerwünschte Wahlergebnisse trotz der Einhaltung minimaler wahldemokratischer Standards zu verhindern.

Liegen Russland und die Ukraine damit inzwischen eindeutig am unteren Rand minimal-demokratischer Regimes, befindet sich die Slowakei seit dem Machtwechsel von 1998 auf Konsolidierungskurs. Insbesondere die heftigen Verfassungskonflikte der Mečiar-Zeit scheinen der Vergangenheit anzugehören. In wenigen Jahren könnte die Slowakei damit ähnlich wie Bulgarien und Rumänien zu beurteilen sein. In diesen beiden Ländern hatte es zu Zeiten postkommunistischer Regierungen starke Verfassungskonflikte gegeben, die nach dem Wahlgewinn "reformorientierter" Kräfte einem politischen Antagonismus mit Konflikten unterhalb der Verfassungsebene gewichen ist.

Makedonien und Moldova schließlich bilden als periphere Nachfolger untergegangener Föderalstaaten Sonderfälle. Bei beiden Staaten muss letztlich die territoriale Entität noch in Frage gestellt werden – in Moldova wegen des Konflikts zwischen großrumänisch denkenden und den eher moskauorientierten Teilen der Eliten, in Makedonien wegen des Drucks von den albanischen und serbischen Westgrenzen. Die Kriterien des Regimeabfolgmodells spiegeln daher in beiden Fällen den Stand der Demokratie nur in eingeschränktem Maße wieder. Die starken Konflikte um das *ancien régime* werden von der Verfassungsebene ferngehalten, um die neue Staatlichkeit nicht zu gefährden. Um

die Medienfreiheit hingegen ist es in beiden Staaten nicht besonders gut gestellt – es fehlt weitgehend an einer den öffentlichen Diskurs tragenden Bürgerschaft. Im Falle Moldovas wird sich im übrigen während der Drucklegung dieses Textes entscheiden, ob sich das Gezerre um die Schaffung einer parlamentarischen Republik in den Jahren 2000/2001 zu einem veritablen Verfassungskonflikt ausgewachsen wird. Sollte dies der Fall, müsste zweifellos auch der dritte europäische GUS-Staat als minimal-demokratisches Regime eingeordnet werden.

### *3. Muster der Nichtkonsolidierung*

Welchen Faktoren ist nun bei der Entstehung der unterschiedlichen demokratischen Regimes Wirkungskraft zuzuschreiben? Theorien, Konzepte und Modelle gibt es hier zuhauf; sie lassen sich unterscheiden in sozio-strukturelle Ansätze mit letztlich modernisierungstheoretischem Fundament (z.B. Vanhanen 1997), sozio-kulturelle Ansätze mit einer historischen Komponente (z.B. Hobsbawm 1998) und politisch-genetische Ansätze mit einem Schwerpunkt auf kontingenten politischen Prozessen im Rahmen gegebener Institutionen (z.B. Sartori 1994; Linz/Valenzuela 1994). Inzwischen kann als Konsens gelten, dass ein Ansatz allein die hochkomplexen Prozesse der Systemtransformation und späteren Konsolidierung nicht erklären kann (Merkel 1994; Shin 1994; Bunce 1997; Offe 1998).

Daher folgen Standardwerke der Systemtransformation nicht der Maxime des Methodenpluralismus, sondern kumulieren verschiedene Ansätze zu komplexen Erklärungsmustern (Beyme 1994; Linz/Stepan 1996; Elster/Offe/Preuss 1998; Merkel 1999). Wenigstens in folgenden Bereichen werden konsolidierungswirksame Variablen gesehen: bei der ethnischen Zusammensetzung, beim allgemeinen sozio-ökonomischen Entwicklungsniveau, bei der wirtschaftlichen Entwicklung, den vorautoritären Demokratieerfahrungen, bei der Art des Regimewechsels, der internationalen Lage und bei der institutionellen Ausgestaltung der einzelnen Regierungssysteme.

Aus einer solchen Vielzahl vermeintlich unabhängiger Variablen ein schlüssiges Modell basteln hieße nun in grober Weise die Isolierbarkeit der einzelnen Variablen zu überschätzen. Dennoch ist die Betrachtung (mindestens) dieser Komplexe notwendig, um ein überblickartiges Bild über die Konsolidierungsprozesse in den "zurückgebliebenen" Staaten zu gewinnen. Tabelle 3 soll daher gleich einer topographischen Abbildung konsolidierungsrelevante Faktoren für die verschiedenen Formen demokratischer Regimes im postsozialistischen Europa zusammenstellen.

Etwa hier: Tabelle 3

Gleichzeitig ist damit eine streifende Perspektive auf die Gültigkeit wichtiger Hypothesen der Demokratie- und Konsolidierungsforschung etabliert. Schnell läßt sich erkennen, daß manche These nur für eine Auswahl der Staaten des postsozialistischen Europa gelten kann. Viele der Thesen, die in den vergangenen Jahren anhand begrenzter Ländersamples gewonnen wurden (Lijphart 1991; Lijphart 1992; Sartori 1994; Liebert 1995), verlieren bei der Betrachtung größerer Fallzahlen einen guten Teil ihrer Erklärungskraft (Thibaut 1998; Beichelt 2001). Eine Theorie zur Erklärung des Konsolidierungsprozesses in der gesamten Region wird daher auf der "ladder of abstraction" eine Stufe hinabgehen müssen – bekanntlich stehen Erklärungsanspruch eines Modells und Heterogenität der zu vergleichenden Einheiten in einem inversen Verhältnis zueinander (Sartori 1970). Dementsprechend seien einige auffällige Sachverhalte kursorisch aufgezählt.

Ethnische Zusammensetzung, sozio-ökonomischer Entwicklungsstand und die wirtschaftliche Entwicklung – also auf die politische Sphäre eher strukturierend wirkende Faktoren – lassen zwar bis zu einem gewissen Grad auf den Charakter des Regimes schließen. Je homogener, sozio-ökonomisch fortgeschrittener und wirtschaftlich erfolgreicher ein postsozialistischer Staat, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass er den Status einer verfassungsstaatlichen Polyarchie erreicht hat. Allerdings fällt auf, dass relativ reiche Staaten wie Kroatien, Rußland und die Slowakei sich zumindest in den ersten Jahren der Transformation der statistischen Tendenz zu Demokratisierung widersetzen können. Auf der anderen Seite haben Staaten mit einem BIP/Kopf von weit unter 3.000 US\$ wie Lettland und Litauen als formal-demokratische Regimes etablieren können. Außerdem hat die selbst im mitteleuropäischen Vergleich günstige wirtschaftliche Entwicklung in der Slowakei erst sehr spät zu einer wachsenden Akzeptanz des demokratischen Regimes bei den politischen Akteuren geführt.

Von den übrigen Kontextbedingungen ist nur die Art des Regimewechsels eindeutig mit dem Konsolidierungsstand korreliert. Die internationale Einbettung der *nouveaux régimes* lässt dagegen nur eingeschränkt Rückschlüsse auf den Konsolidierungsstand zu. Das Vehikel der "Demokratieförderung von außen" (Sandschneider 1997) wird in Ländern mit antiwestlichen Ressentiments leicht als Einmischung in innere Angelegenheit aufgefasst. Vorautoritäre Demokratieerfahrungen als weiterer vermeintlich konsolidierungsrelevanter Faktor scheinen im großen und ganzen wenig relevant; vor allem weil zwischen den Weltkriegen bei näherer Betrachtung außer in der Tschechoslowakei wohl kein einziges mittel- und osteuropäisches Land auch nur den Kriterien minimal-demokratischer Regimes genügt hätte.

Die Art des Regimewechsels weist hingegen starke Zusammenhänge mit dem Stand der demokratischen Konsolidierung auf. Dies gilt insbesondere, wenn als Grundlage einer Regimewechseltypologie nicht wie bei Przeworski (1991) auf konstruierte und in vielen Fällen disputierbare Akteurskonstellationen zurückgegriffen wird. Mit der Frage, welche politischen Kräfte die jeweils ersten voll demokratischen Wahlen gewonnen haben, lassen sich Regimewechsel viel besser klassifizieren: Überall, wo die ersten Wahlen nicht von demokratiebefürwortenden Kräften gewonnen wurden, bestehen heute transitionelle oder minimal-demokratische Regimes. Zudem strahlen die Ereignisse aus der Regimewechselphase bis heute auf die intermediäre Sphäre aus; insbesondere sind im formal-demokratischen postsozialistischen Europa ehemalige kommunistische Parteien viel besser in der Lage gewesen, sich programmatisch und personell zu erneuern. In Litauen, Polen, Slowenien und Ungarn konnten sich trotz unterschiedlicher Regimewechselfade ehemalige Hegemonialparteien in mehr oder weniger moderne Linksparteien transformieren. Dies gelang in den postsowjetischen Staaten überhaupt nicht, in den südosteuropäischen Staaten bestenfalls auf unvollkommene Art und Weise.

Insgesamt ragen daher aus der Landschaft der demokratischen Konsolidierung im postsozialistischen Europa nur wenige markante Wegzeichen heraus. Am stärksten setzt sich zunächst der (nicht neue) Eindruck fest, die mittel- und osteuropäischen Staaten verfügten in einer ganzen Reihe von Feldern über wesentlich günstigere Ausgangsbedingungen als die ost- und südosteuropäischen Nachbarstaaten. Der Weg zum formal-demokratischen Regime ist mehr als beschwerlich, wenn der Kontext keine adäquaten Anreize für die Entwicklung der jungen Demokratien bereit hält.

Wie sieht es aber mit den Staaten im Raum zwischen minimaler und formaler Demokratie aus? Interessanterweise verfügen die minimal-demokratischen Regimes nicht über deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen zur Errichtung einer demokratisierten Grundordnung als die transitionellen Regimes. In zerrissenen Staaten wie Makedonien und Moldova wird keines der demokratischen Kriterien (Tabelle 2) vollständig verletzt, in Russland, der Slowakei (bis 1998) und der Ukraine jedoch sehr wohl. Der Unterschied liegt hier vor allem bei einem schwer zu operationalisierenden Faktor: In den minimal-demokratischen Regimes beweisen die nach dem Regimewechsel etablierten Machthaber einen Herrschaftsanspruch, der sich mit den Forderungen des Schumpeterschen Modells nach kompetitiven Herrschaftsstrukturen nur schwer vereinen läßt.

Damit werden Bulgarien, Makedonien, Moldova und Rumänien in gewisser Weise zu den eigentlich interessanten Fällen gebremster Konsolidierung. Hier ist es gelungen, die an und für sich ungünstigen Ausgangsvoraussetzungen für

die Verfestigung der Demokratie zumindest bis zu einem gewissen Maß zu überwinden. In Bulgarien und noch stärker in Rumänien hat die unsichere Balance zwischen geschwächten und richtungslosen Postkommunisten auf der einen sowie in sich zerklüfteten "demokratischen" Kräften auf der anderen Seite bisher den Konsens über das demokratische Regime verhindert. Die Aussicht auf mittelfristige Integration in die Europäische Union ist jedoch für eine Annäherung der politische Elite in außen-, sicherheitspolitischen und immer häufiger auch in wirtschaftspolitischen Fragen verantwortlich.

In Makedonien hat das Einverständnis der meisten politischen Akteure, daß die staatliche Konsolidierung bei gleichzeitiger Abgrenzung zum Nachbarn Serbien wichtiger ist als alle innenpolitischen Dispute, zu einem konkordanzähnlichen Demokratiemodell geführt – seit der Unabhängigkeit waren Vertreter der albanischen Minderheit stets in der Regierung vertreten. Mit dem Amtsantritt des ausgleichend agierenden Staatspräsidenten Gligorov (bis 1999) konnte in Makedonien zudem das sonst eher kritisierte semipräsidentielle Regierungssystem eine positive Wirkung entfalten. In der polarisierten politischen Landschaft Makedoniens bedurfte es nämlich einer vermittelnden Instanz mit eigenen Legitimitätsreserven. In Moldova, dessen Gebiet westlich des Dnjestr bekanntlich dem rumänischen und nicht dem russischen Geschichts- und Kulturkreis zuzurechnen ist, wirkt bei den meisten politischen Kräften ein starkes Abgrenzungsmoment gegenüber der ehemals sowjetischen Herrschaft nach. Dadurch glänzt das westliche Modell trotz der erschütternden wirtschaftlichen Lage vermutlich noch auf lange Zeit etwas heller als die Alternative der näheren Anbindung an die Russische Föderation.

In den vier Ländern, in denen trotz vergleichsweise schlechter Ausgangsbedingung wenigstens ein Teil des Weges in Richtung formaler Demokratien zurückgelegt wurde, sind also in den ersten Jahren des Postsozialismus Elemente eines Elitenkompromisses erkennbar. In allen vier Ländern erscheint dieser allerdings brüchig – in Bulgarien, Moldova, Rumänien aus ideologischen Gründen, in Makedonien auf der Grundlage prekärer ethnischer Beziehungen. Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass bei der Bereitschaft der politischen Klasse, von einem allumfassenden Herrschaftsanspruch Abschied zu nehmen, die Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung demokratischer Regimes durchaus möglich ist.

#### *4. Schluss*

Die Aussichten für die Verfestigung der Demokratie sind also unterschiedlich verteilt. In den GUS-Staaten bestehen außerordentlich ungünstige Kontextbedingungen für eine dauerhafte Demokratisierung. Derweil scheinen große Teile der Eliten eher mit Selbstbereicherung als mit dem Aufbau funktionie-

render demokratischer Institutionen beschäftigt (Hellman 1998). Für die süd-osteuropäischen Eliten gewinnt das Modell des westeuropäischen Sozial- und Rechtsstaates hingegen zunehmend an Attraktivität, und im Baltikum steht spätestens seit 1998 den ethnischen Minderheiten der Weg in die Staatsbürgerschaft offen. Eine ganze Reihe von Staaten hat also die vor zehn Jahren noch angezweifelte Entwicklung zu einem formal-demokratischen Regime vollziehen können.

Hybride Regime bestehen nach dieser Analyse überall dort, wo die Kriterien formal-demokratischer Regimes nicht in vollem Umfang verwirklicht sind: in Bulgarien, Makedonien, Moldova, Rumänien, Russland, der Slowakei und der Ukraine; in nicht allzu ferner Zukunft vielleicht auch in Albanien, Kroatien und Jugoslawien. Bis auf den abweichenden Fall der Slowakei erscheinen die Kontextbedingungen für eine Vertiefung der Demokratie überall mäßig. Sie unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der internationalen Ausrichtung. Während Bulgarien, Rumänien und die Slowakei Beitrittsanwärter der EU sind, spielt Russland die wirtschafts- und sicherheitspolitische Karte der "nationalen Einflussphäre", um Moldova und die Ukraine nicht dem Westen zufallen zu lassen. Das Fortdauern des Regimekonflikts, die schlechte sozio-ökonomische Lage und auch die Existenz kompakt siedelnder Minderheiten in allen dieser Staaten lässt jedoch daran zweifeln, ob in der unmittelbaren Zukunft in den Bereichen (a) Wahlen, (b) politische Rechte und (c) Verfassungsstaat nachhaltige Verbesserungen zu erwarten sind.

Das Verhalten der Eliten konditioniert jedoch in allen drei Bereichen die Weiterentwicklungschancen der Demokratie. Hier zeichnen sich verschiedene Trends ab. In Bulgarien und der Slowakei streben weite Teile der Eliten in Richtung des westlichen Modells. Zwar ist der politische Wettbewerb scharf und von Gegensätzen geprägt, aber im Gegensatz z.B. zu Rumänien sind ernsthafte Anstrengungen und auch erste Erfolge zu verzeichnen. Sollte insbesondere die Slowakei bis in die nächste Legislaturperiode hinein von Verfassungskonflikten verschont bleiben, stünden die Chancen für die Erfüllung der Kriterien des formal-demokratischen Regimes wohl nicht schlecht. In Makedonien und Moldova sind dagegen einzelne Kontextfaktoren so übermächtig, dass allein die im politischen System zu verhandelnden Gegensätze die reale Gefahr von Verfassungskonflikten erscheinen lässt.

In Russland und der Ukraine schließlich bestehen eher Zweifel, ob die maßgeblichen politischen Akteure überhaupt auf dem Boden des minimal-demokratischen Regimes zu verbleiben gedenken. Nicht nur ernteten die Präsidentenwahlen der Jahre 1999 und 2000 in beiden Ländern starke Kritik. Inzwischen erscheint auch der Druck z.B. der präsidentiellen Apparate auf die Medien so massiv, dass die Entwicklung politischer Alternativen für kommen-

de Wahlen in Zweifel gezogen werden kann. In den GUS-Staaten und vielleicht auch in Rumänien zeichnet sich dabei immer deutlicher ab, dass es historisch gewachsene und auf die Herrschaftskultur bezogene Traditionen sind, die die substantielle Fortentwicklung der Demokratie verhindern.

Während also Russland und die Ukraine in den autokratischen Bereich zurückzufallen drohen, könnte die Slowakei und vielleicht auch Bulgarien tatsächlich "auf dem Weg" zu einem formal-demokratischen Regime sein. Daher erscheinen von den fast dreißig postsozialistischen Staaten lediglich Makedonien, Moldova und Rumänien in der Hybridität "defekter" Demokratien gefangen zu sein. In Makedonien und Moldova sind hierfür mehr oder minder sezessionsgeschichtliche Zufälle verantwortlich. Rumänien und vielleicht Bulgarien verbleiben als letzte Staaten des postsozialistischen Europa, in denen der Kampf der Eliten um die Orientierung am westeuropäischen Gesellschaftsmodell noch nicht entschieden ist.



Tabelle 2: Indikatoren für demokratische Konsolidierung in Osteuropa, Stand: Sommer 2000

		<i>I</i> <i>Manipulations-</i> <i>freie ("faire")</i> <i>Wahlen*</i>	<i>II</i> <i>Medienfreiheit</i> <i>(nach Free-</i> <i>domhouse)</i>	<i>III</i> <i>Abwesenheit</i> <i>von Verfas-</i> <i>sungskonflikten</i>
<i>Formal-</i> <i>demokratisches</i> <i>Regime</i>	Estland	Gegeben	Gegeben	Gegeben
	Lettland	Gegeben	Gegeben	Gegeben
	Litauen	Gegeben	Gegeben	Gegeben
	Polen	Gegeben	Gegeben	Gegeben
	Slowenien	Gegeben	Gegeben	Gegeben
	Tschechien	Gegeben	Gegeben	Gegeben
	Ungarn	Gegeben	Gegeben	Gegeben
<i>Transitionelles</i> <i>Regime</i>	Bulgarien	Gegeben	Gegeben	Teilweise gegeben
	Makedonien	Teilweise gegeben	Teilweise gegeben	Gegeben
	Moldova	Gegeben	Teilweise gegeben	Gegeben
	Rumänien	Gegeben	Teilweise gegeben	Teilweise gegeben
<i>Minimal-</i> <i>demokratisches</i> <i>Regime</i>	Russland	Nicht gegeben	Teilweise gegeben	Nicht gegeben
	Slowakei	Teilweise gegeben	Gegeben	Nicht gegeben
	Ukraine	Nicht gegeben	Teilweise gegeben	Nicht gegeben
<i>Autokratisches</i> <i>Regime</i>	Albanien	Keine periodisch freien Wahlen	Teilweise gegeben	Nicht gegeben
	Belarus	Keine periodisch freien Wahlen	Nicht gegeben	Verfassung für pol. Prozess irrelevant
	Kroatien	Keine periodisch freien Wahlen	Nicht gegeben	Nicht gegeben
	Jugoslawien	Keine periodisch freien Wahlen	Nicht gegeben	Verfassung für pol. Prozess irrelevant

\* "Gegeben": zwei aufeinander folgende Wahlen ohne Manipulationen; "Teilweise gegeben": zwei aufeinander folgende Wahlen mit geringen Manipulationen; "Nicht gegeben": mindestens eine der letzten zwei Wahlen deutlich manipuliert.

\*\* Jeweils bei Freedomhouse; "Gegeben": freie Medien; "Teilweise gegeben": teilweise freie Medien; "Nicht gegeben": nicht freie Medien. Quelle: Freedomhouse "Press Freedom 2000"

\*\*\* Jeweils während der beiden letzten Wahlperioden; "Gegeben": Keine Verfassungskonflikte; "Teilweise gegeben": kleinere Verfassungskonflikte; "Nicht gegeben": starke Verfassungskonflikte zwischen Exponenten zentraler politischer Institutionen.

Tabelle 3: Konsolidierungsrelevante Faktoren im postsozialistischen Europa

	<i>Ethnische Homogenität<sup>1</sup></i>	<i>Sozio-ökonomischer Entwicklungsstand<sup>2</sup></i>	<i>Wirtschaftliche Entwicklung seit 1989<sup>3</sup></i>	<i>Vorautoritäre Demokratieerfahrungen<sup>4</sup></i>	<i>Art des Regimewechsels<sup>5</sup></i>	<i>Überwindung des Regimekonflikts<sup>6</sup></i>	<i>Internationale Einbettung<sup>7</sup></i>	
<i>Estland</i>	-	O	O	O	+	+	+	<i>Formal-demokratisches Regime</i>
<i>Lettland</i>	-	O	O	O	+	+	+	
<i>Litauen</i>	O	O	O	O	+	+	+	
<i>Polen</i>	+	O	+	O	+	+	+	
<i>Slowenien</i>	+	+	+	-	O	+	+	
<i>Tschechien</i>	+	+	+	+	+	(+)	+	
<i>Ungarn</i>	+	+	+	O	+	+	+	
<i>Bulgarien</i>	O	-	-	O	-	-	+	<i>Transitionelles Regime</i>
<i>Makedonien</i>	O	-	O	-	-	-	O	
<i>Moldova</i>	O	-	-	O	-	-	-	
<i>Rumänien</i>	O	-	-	O	-	-	+	
<i>Rußland</i>	O	O	-	-	-	-	-	<i>Minimal-demokratisches Regime</i>
<i>Slowakei</i>	O	O	+	+	O	-	+	
<i>Ukraine</i>	O	-	-	-	-	-	-	

<sup>1</sup> + = kompakt siedelnde Minderheiten mit Bevölkerungsanteil > 20%, - = Minderheitenanteil < 10%, O = alle übrigen Konstellationen.

<sup>2</sup> Relative Position der Staaten in drei geclusterten Gruppen. + = relativ hohes, O = mittleres, - = relativ geringes BIP/Kopf.

<sup>3</sup> Zusammenführung der Faktoren Wachstumspfad und Tiefe des Transformationseinbruchs + = erfolgreiche, O = mäßig erfolgreich, - = wenig erfolgreich.

<sup>4</sup> Jeweils vor dem Zweiten Weltkrieg: + = gefestigte Demokratie, O = Demokratie mit kurzer Lebensdauer und/oder autoritären Elementen, - = keine Demokratie.

<sup>5</sup> Zusammenführung der Faktoren „Konstellation in der Regimewechselphase“ und Ausgang der ersten freien Wahlen“. + = Durchmarsch der Demokratisierer, O = unklar, - = Fortdauernder Einfluß der Vertreter des *ancien régime*.

<sup>6</sup> + = auf der Ebene des Parteiensystems überwindener des Konflikts zwischen Eliten des *ancien régime* und „demokratischen“ Gegeneliten, - = Fortdauern des Regimekonflikts.

<sup>7</sup> + = Beitrittskandidat der EU, O = Assoziationsvertrag mit der EU, - = alle übrigen Staaten.

*Literatur:*

- Beichelt, Timm, 2001: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen. Opladen: Leske + Budrich.
- Belina, Pavel / Čornej, Petr / Pokorný, Jiří, 1995: Histoire des Pays tchèques. Paris: Seuil.
- Beshiri, Ismije, 1991: Pluralismus in Albanien? In: Südosteuropa, vol. 40 (10), S. 542-551.
- Beyme, Klaus von, 1994: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus von, 2000: Eliten als Akteure in der Transformation Rußlands. In: Osteuropa, no. 5/2000, S. 478-491.
- Bunce, Valerie, 1997: Presidents and the Transition in Eastern Europe. In: Kurt von Mettenheim (Hrsg.): Presidential Institutions and Democratic Politics. Comparing Regional and National Contexts. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press, S. 161-176.
- Collier, David / Levitsky, Steven, 1997: Democracy With Adjectives. Conceptual Innovation in Comparative Research. In: World Politics, vol. 49 (3), S. 430-451.
- Dahl, Robert A., 1971: Polyarchy. Participation and Opposition. New Haven/London: Yale University Press.
- Dahl, Robert A., 1989: Democracy and its Critics. New Haven: Yale University Press.
- Diamond, Larry, 1997: Introduction. In Search of Consolidation. In: Larry Diamond / Marc F. Plattner / Yun-han Chu / Hung-mao Tien (Hrsg.): Consolidating the Third Wave Democracies. Regional Challenges. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press, S. xiii-xlvi.
- East, Roger / Jolyon Pontin, 1997: Revolution and Change in Central and Eastern Europe. London: Pinter.
- Elster, Jon, u.a., 1998: Institutional Design in Post-Communist Societies. Cambridge: Cambridge University Press.
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung. Frankfurt: Suhrkamp.
- Härtel, Hans-Joachim / Roland Schönfeld, 1998: Bulgarien. München: Pustet.
- Hellman, Joel S., 1998: Winners Take All. The Politics of Partial Reform in Postcommunist Transitions. In: World Politics, vol. 50, S. 203-234.
- Hobsbawm, Eric, 1998: Das Zeitalter der Extreme. München: dtv.
- Holmes, Stephen, 1997: When Less State Means Less Freedom. In: Transitions, vol. 4 (september 1997), S. 66-75.
- Karatnycky, Adrian / Motyl, Alexander / Shor, Boris (Hrsg.), 1997: Nations in Transit 1997. Civil Society, Democracy and Markets in East Central Europe and the Newly Independent States. New Brunswick/London
- Liebert, Ulrike, 1995: Modelle demokratischer Konsolidierung. Opladen: Leske + Budrich.

- Lijphart, Arendt, 1991: Constitutional Choices for New Democracies. In: *Journal of Democracy*, vol. 2 (1), S. 72-84 .
- Lijphart, Arendt, 1992: Democratization and Constitutional Choices in Czechoslovakia, Hungary and Poland. In: *Journal of Theoretical Politics*, vol. 4 (2), S. 207-223.
- Linz, Juan / Alfred Stepan, 1996: *Problems of Democratic Transition and Consolidation*. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan / Arturo Valenzuela, Eds., 1994: *The Failure of Presidential Democracy*. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Merkel, Wolfgang, 1994: Struktur oder Akteur, System oder Handlung. Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung? In: Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*. Opladen: Leske + Budrich
- Merkel, Wolfgang, 1996: Die Konsolidierung postautoritärer Demokratien. Ein theoretisches Modell (nicht nur) für Osteuropa. In: Klaus Armingeon (Hrsg.): *Der Nationalstaat am Ende des 20. Jahrhunderts*. Bern u.a.: Paul Haupt, S. 37-68.
- Merkel, Wolfgang, 1996: Theorien der Transformation. Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. In: Klaus von Beyme / Claus Offe (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 30-58.
- Merkel, Wolfgang, 1999: Defekte Demokratien. In: Wolfgang Merkel / Andreas Busch (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 361-381.
- Merkel, Wolfgang, 1999: *Systemtransformation*. Opladen: Leske+Budrich.
- Merkel, Wolfgang / Aurel Croissant, 2000: Formale Institutionen und informelle Regeln in defekten Demokratien. In: *Politische Vierteljahresschrift*, vol. 41 (1), S. 3-33.
- Morlino, Leonardo, 1995: Democratic Concolidation. Definition and Models. In: Geoffrey Pridham (Hrsg.): *Transitions to Democracy. Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe*. Aldershot: Dartmouth, S. 571-590.
- O'Donnell, Guillermo, 1994: Delegative Democracy. In: *Journal of Democracy*, vol. 5 (1), S. 55-69.
- Offe, Claus, 1998: Die politisch-kulturelle "Innenseite" der Konsolidierung. Eine Anmerkung über Besonderheiten der postkommunistischen Transformation. In: Hans-Jürgen Wagener / Heiko Fritz (Hrsg.): *Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung*. Bonn: Dietz, S. 110-114.
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Rosenbaum, Eckehard F., 1999: Culture, Cognitive Models and the Performance of Institutions in Transformation Countries. In: Discussion Papers des FIT 1/99
- Rottenburg, Richard, 1996: When Organization Travels: On Intercultural Translation. In: Barbara Czarniawska / Guje Sevón (Hrsg.): Translating Organizational Change. Berlin/New York: Gruyter, S. 191-240.
- Sandschneider, Eberhard, 1997: Demokratieförderung von außen. In: Internationale Politik 5/1997, S. 11-18.
- Sartori, Giovanni, 1970: Concept Misformation in Comparative Politics. In: American Political Science Review, vol. 64, S. 1033-1053.
- Sartori, Giovanni, 1994: Comparative Constitutional Engineering. An Inquiry into Structures, Incentives and Outcomes. Houndsmills: Basingstroke.
- Schedler, Andreas, 1998: What is Democratic Consolidation? In: Journal of Democracy, vol. 9 (2), S. 91-107.
- Schmitter, Philippe, 1995: The Consolidation of Political Democracies. Processes, Rhythms, Sequences and Types. In: Geoffrey Pridham (Hrsg.): Transitions to Democracy. Comparative Perspectives from Southern Europe, Latin America and Eastern Europe. Aldershot: Dartmouth, S. 535-569.
- Schumpeter, Joseph A., 1993 (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern: Francke
- Shin, Doh Shull, 1994: On the Third Wave of Democratization. A Synthesis and Evaluation of Recent Theory and Research. In: World Politics, vol. 47, S. 135-170.
- Stepan, Alfred, 1986: Paths toward Redemocratization. Theoretical and Comparative Considerations. In: Guillermo O'Donnell/ Philippe Schmitter / Laurence Whitehead (Hrsg.): Transitions from Authoritarian Rule. Comparative Perspectives. Baltimore: Johns Hopkins University Press, S. 64-84.
- Stökl, Günther, 1990: Russische Geschichte. Stuttgart: Kröner.
- Szücs, Jenő, 1990: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt: Verlag Neue Kritik.
- Thibaut, Bernhard, 1998: Prääsidentielle, parlamentarische oder hybride Regierungssysteme? Institutionen und Demokratieentwicklung in der Dritten Welt und in den Transformationsstaaten Osteuropas. In: Zeitschrift für Politik, vol. 8 (1), S. 5-37.
- Thiele, Carmen, 1999: Selbstbestimmung und Minderheitenschutz in Estland. Heidelberg: Springer.
- Urban, Michael / Igrunov, Vyacheslav / Mitrokhin, Sergei, 1997: The rebirth of politics in Russia. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vanhanen, Tatu, 1997: Prospects of Democracy. A Study of 175 Countries. London / New York: Routledge.

Zakaria, Fareed, 1997: The Rise of Illiberal Democracy. In: Foreign Affairs, vol. 76 (6), S. 22-43.

